

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is centered behind the title and subtitle.

# Pakistanischer Frühling in weiter Ferne?

## Facebook, Blasphemie und vernetzte Zivilgesellschaft

**MARCUS MICHAELSEN**

September 2011

- Eine demokratische Konsolidierung Pakistans steht vor enormen Herausforderungen. Zentrale Hemmnisse hierfür sind die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung, hohes soziales Spannungspotential und eine wandlungsunwillige Elite. Zudem ist eine politische Kultur der diskursiven Konfliktlösung und aktiven Partizipation an der Gestaltung von Gesellschaft bisher nur unzureichend ausgebildet. Dies bremst die Identifikation der Menschen mit dem politischen System.
- In der pakistanischen Gesellschaft gewinnen religiös-extremistische Ideen an Einfluss. Die Ermordung von zwei säkularen Politikern Anfang 2011 stellt einen vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung dar. Will Pakistan einen authentischen Diskurs zu Demokratie und Menschenrechten entwickeln, ist eine inklusive öffentliche Debatte dringend notwendig. Dazu muss auch der politischen Vereinnahmung und Kommerzialisierung der Massenmedien entgegengewirkt werden.
- Die politische Anwendung neuer Kommunikationstechnologien steht in Pakistan durch Entwicklungsdefizite bei Bildung und Infrastruktur noch in den Anfängen. Zurzeit hat Pakistan etwa 20 Millionen Internetnutzer. Dies entspricht knapp 11 Prozent der Bevölkerung – ein geringer Wert im Vergleich zu Iran (43 Prozent), Tunesien (34 Prozent) und Ägypten (21 Prozent). Aufgrund einer größtenteils jungen Bevölkerung verfügt Pakistan jedoch über ein großes Nutzerpotential. Bereits jetzt haben Online-Medien und soziale Netzwerke der pakistanischen Zivilgesellschaft eine Plattform für Diskussion und Engagement eröffnet, um Fragen der grundsätzlichen politischen Ordnung zu erörtern.

Drei wesentliche Dinge haben die diesjährigen Umbrüche in der arabischen Welt gemeinsam: eine junge Bevölkerung, die sich gegen Perspektivenmangel, staatliche Ineffizienz und Korruption auflehnt, eine über Jahrzehnte wandlungsresistente Machtelite sowie die Rolle neuer Kommunikationsmedien bei der Artikulierung von Protest. Wie schon bei der Protestbewegung zu den Präsidentschaftswahlen 2009 in Iran hat der »Arabische Frühling« das Interesse an der Bedeutung des Internets für politischen Wandel enorm verstärkt. Zweifellos werden Erwartungen an das demokratische Potential neuer Kommunikationstechnologien weiterhin politische Prozesse und Entscheidungen prägen.

Auch in Pakistan sind mehr als 70 Prozent der Bevölkerung unter 35 Jahre alt.<sup>1</sup> Zusammen mit einer undurchlässigen Herrschaftselite und stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung weist das Land damit ähnliche Aspekte innergesellschaftlichen Konfliktpotentials auf wie die Transformationsstaaten in Nordafrika und Mittelost. Dennoch stellt dies keine direkte Herausforderung des etablierten Systems dar. Dazu fehlen andere wesentliche Voraussetzungen: eine breite politisch aufgeklärte Mittelschicht, eine organisierte Opposition und programmatische Alternativen. Nicht zuletzt aufgrund regelmäßig erfolgter Machtergreifungen des Militärs und hierarchischer Gesellschaftsstrukturen konnte sich in Pakistan bislang kaum eine partizipative politische Kultur entwickeln. Nach dem Rücktritt des früheren Armeeführers und Präsidenten Musharraf im Jahr 2008 begann jedoch eine Phase zögerlicher Demokratisierung. Wenn dieser Prozess erfolgreich fortgesetzt werden soll, geht es vor allem um eine Stärkung gesellschaftlicher Kräfte, die sich autoritären Herrschaftsformen entgegenstellen, mehr politische Beteiligung einfordern und durch offene Diskussionen alternative Vorstellungen für die Zukunft des Landes entwerfen können.

In diesem Zusammenhang spielen Medien und darunter auch das Internet eine wichtige Rolle. Lange vor der eigentlichen Eruption des Widerstands erleichterte das Internet in Ägypten oder Iran die Herausbildung von Gegenöffentlichkeit sowie eine Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure. Zwar hemmen Defizite bei Bildung und Infrastruktur bislang noch die gesellschaftliche Ausbreitung des Internets in Pakistan; ein Anstieg der

Nutzung von Online-Medien und sozialen Netzwerken zeichnet sich jedoch bereits ab. Schon jetzt eröffnen diese Kommunikationsforen Räume des politischen Engagements, in denen zentrale Grundsatzfragen verhandelt werden können.

## Krise als (Über)Lebensform

Eine demokratische Konsolidierung Pakistans steht allerdings vor enormen Herausforderungen. Das Wirtschaftswachstum wird durch Energiekrise, Inflation und geringe Steuereinkommen gehemmt. Zugleich sind die Kosten für Lebensunterhalt in den letzten drei Jahren um etwa die Hälfte gestiegen. Mit nur 54 Prozent hat Pakistan eine der niedrigsten Alphabetisierungsraten der Region. Auch Schul- und Berufsbildung qualifizieren Absolventen kaum für die Erfordernisse des Arbeitsmarktes. Gekoppelt an ein ungebremstes Bevölkerungswachstum bedeutet dies eine steigende Zahl un- bzw. unterbeschäftigter junger Menschen. Wirtschaftliche Not und mangelnde Bildung bieten einen Nährboden für soziale Spannungen und radikale Ideen. Der Herausbildung einer moderaten Mittelschicht stehen sie ebenso entgegen wie einer vermehrten Anwendung neuer Medien.

Destabilisierend wirkt ferner der anhaltende Konflikt mit militanten Islamisten. Die ambivalente Haltung des Militär- und Sicherheitsapparats, der die afghanischen Taliban als strategischen Trumpf für die Auseinandersetzung mit dem Erzfeind Indien sieht, hat die Entstehung militanter Netzwerke im Grenzgebiet zu Afghanistan begünstigt. Diese stellen sich mit Anschlägen in den Städten und auf militärische Einrichtungen auch gegen den pakistanischen Staat. Der Armee ist es zwar mittlerweile gelungen, diese Bedrohung einzudämmen, doch forderten die Militärkampagnen zahlreiche zivile Opfer und führten zur Zerstörung wichtiger Infrastruktur in der ohnehin unterentwickelten Grenzregion.

Trotz andauernder Diskussionen über Pakistans Fragilität haben die Akteure der Machtelite den Fortbestand des Staates bislang durch eine Ausbalancierung ihrer jeweiligen strategischen Interessen gesichert. Dieser Elitenkonsens erleichtert zudem die Eindämmung von Widerstand aus der Bevölkerung gegen die etablierte Ordnung. Abgesehen von dem als Hegemon agierenden Militär rekrutiert sich die politische Elite vorwiegend aus der Oberschicht und den quasi-feudalen Landbesit-

1. Der Anteil der unter 35-jährigen lag 2009 bei 73 Prozent (Ägypten 69 und Iran 68 Prozent).

zern, deren Einfluss auf ausgedehnten Patronage- und Klientelismusnetzwerken beruht. Keine der großen, hierarchisch geprägten Parteien verfolgt grundlegende Veränderungen in der Macht- und Eigentumsverteilung.

Begünstigend auf die Stellung dieser Herrschaftskoalition wirkt zudem die internationale Wahrnehmung Pakistans als Schlüsselland im Konflikt mit dem militanten Islamismus und für den NATO-Einsatz in Afghanistan. Die Motivation der meisten Geberländer für eine Entwicklungszusammenarbeit erwächst aus dem Krisenpotential des Landes. Dieser strategische Fokus auf Stabilität widerspricht prinzipiell dem Ziel einer demokratischen Transformation, deren Verlauf immer auch ein hohes Maß an Unberechenbarkeit mit sich bringt. Indes wird so auf Seiten der pakistanischen Elite ein Anreiz für die Aufrechterhaltung des Status quo geschaffen, da der fragile Zustand des Landes den beständigen Zufluss externer Ressourcen sichert.

## Gesellschaft zwischen Aufbruch und Reaktion

Angesichts dieser Lage ist die wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung kaum verwunderlich. Laut einer Umfrage des Washingtoner *Pew Research Centers* vom Mai 2011 bewerten nur 20 Prozent der Befragten den Einfluss der Regierung auf die Entwicklung des Landes positiv (jeweils 41 bzw. 26 Prozent für Justiz und Polizei, aber 79 Prozent für das Militär). Die ungenügende Performanz der Regierung sowie der fehlende Wille zu grundlegenden Reformen gehen eindeutig zu Lasten der staatlichen Legitimität. Die schwindende Anerkennung der großen Parteien bei den Wählern führt zu politischer Frustration und Stimmenthaltung, wodurch die Repräsentativität gewählter Institutionen weiter erodiert. Somit entsteht ein Vakuum, das im Prinzip von alternativen politischen Visionen gefüllt werden kann. Zugleich steigt die Bedeutung sozialer Bewegungen, die sich als flexible Netzwerke außerhalb der Strukturen des politischen Systems um bestimmte Themen und Forderungen konstituieren. Hierin liegt durchaus Potential für politischen Wandel – unklar ist jedoch in welcher Richtung.

Obwohl eine Zivilgesellschaft in Pakistan nur in Ansätzen existiert, zeigen doch Teile der Bevölkerung die Bereitschaft zu sozio-politischem Engagement. Deutlich wurde dies etwa 2007/08 im Zuge der landesweiten Anwalts-

bewegung gegen die Absetzung des Justizchefs, die beachtlichen Zuspruch aus der Gesellschaft erfuhr. Erstmals schien hier eine städtische Mittelschicht politischen Einfluss geltend zu machen. Deren weitere politische Präferenzen sind jedoch ungewiss. Pakistans Stellung in der Region und die Doktrin der »nationalen Sicherheit«, mit der das Militär seine dominante Stellung im Staat legitimiert, haben eine verunsicherte Nation geschaffen. Ein übermächtiges Indien auf der einen, ein instabiles Afghanistan auf der anderen Seite des Landes, der ungelöste Kaschmir-Konflikt und nicht zuletzt die Drohnenangriffe der USA auf die Grenzregion werden als Bedrohung der pakistanischen Souveränität wahrgenommen. Teile der Gesellschaft reagieren darauf mit einem übersteigerten Nationalismus, der eng an die Ablehnung des Westens und eine konservative Religiosität gekoppelt ist. Letztere hat seit der Islamisierungspolitik des Militärdiktators Zia-ul-Haq in den 1980er Jahren als Trägerin nationaler Identität immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Wird nun der kaum gefestigte Status der Mittelschichten durch stagnierende Entwicklung bedroht, könnten sie sich durchaus für radikale oder populistische Diskurse empfänglich zeigen. Die Popularität des früheren Cricket-Stars Imran Khan, der sich mit seiner Bewegung Tehreek-e Insaaf außerhalb des Establishments positioniert und programmatisch inhaltsleer für ein »besseres Pakistan« wirbt, führt dies deutlich vor Augen. Aber auch das zunehmende Gewicht religiös-nationaler Rhetorik im öffentlichen Stimmungsbild muss in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Umso notwendiger ist eine offene Debatte über den zukünftigen Weg des Landes. Wenn die demokratische Transition fortgesetzt und konsolidiert werden soll, muss Pakistan einen eigenen Diskurs zu Demokratie und Menschenrechten entwickeln, der im Einklang mit Kultur und Geschichte des Landes steht. Dies kann nur über einen rationalen Informations- und Meinungs austausch sowie die Förderung gesellschaftlicher Solidarität und Toleranz geschehen. Hierbei fällt sowohl den Medien als auch der Zivilgesellschaft eine herausragende Bedeutung zu.

## Medien und Internet in Pakistan

Die pakistanische Medienlandschaft hat in den letzten zehn Jahren eine beachtliche Entwicklung durchgemacht. Nach Aufhebung des staatlichen Monopols über

Rundfunk und Fernsehen im Jahr 2003 entstanden zahlreiche Privatsender, die sich großer Popularität erfreuen. Das politische Gewicht nicht-staatlicher Nachrichtenprogramme zeigte sich besonders gegen Ende der Regierung Musharraf, als detailliert über die Anwaltsbewegung und den Wahlkampf 2008 berichtet wurde. Die Privatsender sind sich ihrer Wirkung durchaus bewusst und setzen diese gezielt ein. Vor allem die beliebten Talkshows stehen unter dem Einfluss politischer Akteure und werden zur Meinungsmache eingesetzt. Ebenso nachteilig ist der verbreitete Sensationalismus (»*breaking news*«), mit dem die Sender hohe Zuschauerzahlen erzielen wollen, der aber zu Lasten einer qualifizierten Berichterstattung geht.

Um ihre eigentlichen Funktionen im demokratischen System ausüben zu können, müssen die elektronischen Medien zunächst eine Phase der internen Reform und Professionalisierung durchlaufen. Dazu ist auch kritischer Druck von Seiten des Publikums und eine höhere Medienkompetenz der Gesellschaft notwendig. Alternative Medien, die unterbehandelten Themen und abweichenden Lesarten Raum bieten, können als Korrektiv der Massenmedien wirken. Online-Medien bilden eine geeignete Plattform für die Bildung einer derartigen Gegenöffentlichkeit und werden als solche auch von progressiven Akteuren der Zivilgesellschaft angenommen.

Zurzeit hat Pakistan etwa 20 Millionen Internetnutzer. Dies entspricht knapp 11 Prozent der Bevölkerung – ein geringer Wert im Vergleich zu Iran (43 Prozent), Tunesien (34 Prozent) und Ägypten (21 Prozent). Hemmnisse für die Ausbreitung des Internets erwachsen aus den schlechten Bildungsstatistiken und der unzureichenden Netzanbindung ländlicher Regionen. Die hohe Verbreitung von Mobiltelefonen, die von mehr als 60 Prozent der Bevölkerung genutzt werden, deutet indes auf das vorhandene Potential für Kommunikationstechnologien hin. Auch die überwiegend junge Bevölkerung dürfte dem Internet aufgeschlossen gegenüberstehen. Ein letztes Indiz für den zu erwartenden Anstieg der Nutzerzahlen liefert schließlich der kaum erschlossene Online-Markt in der Nationalsprache Urdu. Bislang werden die meisten Internetinhalte auf Englisch produziert. Die beiden führenden Online-Publikationen der englischsprachigen Tageszeitungen *Dawn* und *Express Tribune* können jedoch nur ein Drittel der Leserzahlen der eher anspruchslos gestalteten Urdu-Webseiten ihrer Konkurrenten *Jang* und *Express* aufweisen.

Die politische Elite nutzt das Internet bisher kaum als Kommunikationsmedium. Innerhalb der etablierten Parteien finden sich allerdings einzelne Figuren, die teilweise recht prominent in den sozialen Netzwerken vertreten sind. Der Kurznachrichtendienst Twitter, mit derzeit etwa 2 Millionen Nutzern, vernetzt eine kleine Informationselite aus Journalisten, Politikern und Internetaktivisten. Pakistanische Journalisten gehen jedoch davon aus, dass die Parteien im Vorfeld der für 2013 angesetzten Parlamentswahlen verstärkt versuchen werden, junge Wähler über Internet und soziale Netzwerke anzusprechen.

## Militanz im Netz

Für die militanten Islamisten in der Grenzregion bleiben illegale Radiostationen das wichtigste Propagandainstrument: 2009 gab es etwa 150 dieser mobilen Sender. Auch Flugblätter und DVDs dienen der Kommunikation mit der Bevölkerung. Das Internet spielt aufgrund der schlechten Infrastruktur hier jedoch eine eher untergeordnete Rolle. Gleichwohl nutzen die pakistanischen Taliban auch Webseiten und soziale Netzwerke, um ihre Ansichten zu verbreiten und Unterstützer zu rekrutieren. Videoplattformen im Internet dienen der Veröffentlichung von Filmen, die Angriffe auf Militäreinrichtungen oder gar Hinrichtungen zeigen.

Zwischen den militanten Glaubenskämpfern und etablierten islamistischen Parteien existiert zudem ein Spektrum extremistischer Akteure, die traditionell kleinere Printmedien zur Propagierung restriktiver Islamauslegungen und einer »Djihad-Kultur« nutzen. Ob eine Verbreitung derartiger Publikationen über das Internet den Wirkungskreis solcher Gruppierungen jedoch signifikant vergrößern könnte, bleibt fraglich, da sie ihre Zielgruppen bisher bestens über Moscheen, religiöse Schulen und gedrucktes Propagandamaterial erreichen. Die pakistanische Regierung geht gegen derartige Publikationen kaum vor, offenbar aus Sorge vor einer heftigen Gegenreaktion der islamistischen Tendenz. Somit zeigt sich auch hier die Notwendigkeit eines sachlichen Informations- und Meinungsaustausches, um extremistischen Ideen den Nährboden zu nehmen. Fehlinformationen über die Ursachen der vielfältigen Probleme des Landes bieten noch immer Anlass für Verschwörungstheorien und erleichtern islamistischen Gruppierungen die Rekrutierung neuer Anhänger. Ebenso finden progressive und qualifizierte Islaminterpretationen zu wenig Verbreitung.

## Vernetzte Zivilgesellschaft

Für die pakistanische Zivilgesellschaft gewann das Internet erstmals im Zuge des Ausnahmezustands vom November 2007 an Bedeutung. Um das Sendeverbot der Musharraf-Regierung zu umgehen, strahlten zwei der privaten TV-Sender ihr Programm von Dubai über Satellit aus und boten gleichzeitig einen Live-Stream im Internet an, der teilweise auch über YouTube verbreitet wurde. Über Blogs und E-Mail-Listen wurden Informationen und Kommentare zur politischen Situation veröffentlicht. Sie erreichten vor allem Journalisten, Oppositionspolitiker und zivilgesellschaftliche Aktivisten, welche die Meldungen ihrerseits weiterleiteten. Auch SMS-Nachrichten und Videos von Mobiltelefonen dienten der Berichterstattung über stattfindende Demonstrationen.

Die somit entstandenen Netzwerke wurden während der Flut, die im Sommer 2010 weite Landesteile bedeckte, teilweise wieder aktiv. Über Weblogs und Facebook riefen spontane Privatinitiativen zu Spenden auf und informierten über den Verlauf der Hilfsaktionen. Angesichts einer Katastrophe, deren Ausmaß auch internationale Nothilfeorganisationen an die Grenzen der Belastbarkeit führte, hatten derartige Aktionen sicherlich eine begrenzte Wirkung. Gleichwohl verdeutlichen sie sowohl das Misstrauen der Bürger gegenüber den überforderten und der Korruption verdächtigen staatlichen Behörden als auch die Art und Weise, in der das Internet die Organisation von Gemeinschaftssinn und solidarischem Engagement erleichtern kann.

## Nationale Identität auf dem Prüfstand

Das Internet selbst bildete den Kernpunkt einer politischen Auseinandersetzung im Zuge der landesweiten Blockade von Facebook im Mai 2010. Damit reagierte das Oberste Gericht in Lahore ebenso drastisch wie demonstrativ auf einen Wettbewerb für Mohammad-Karikaturen, der über das Netzwerk verbreitet wurde. Facebook zählte zu diesem Zeitpunkt mit etwa 2,5 Millionen Nutzern bereits zu den beliebtesten Webseiten Pakistans. Gleichwohl wurden Internetaktivisten, die einen differenzierteren Umgang mit der empfundenen Beleidigung des Propheten forderten und die Blockade als Eingriff in die Kommunikationsfreiheit kri-

tisierten, mit heftigen Gegenreaktionen konfrontiert. Frappierend war, dass nicht nur die üblichen islamistischen Gruppierungen den Vorfall zur politischen Mobilisierung nutzten, sondern dass auch viele einfache Internetnutzer Verständnis für die Blockade zeigten. Ihrer Auffassung nach musste der pakistanische Staat, dessen Verfassung auf dem Islam gründet, gegenüber Angriffen auf die Religion eindeutig Position beziehen. Eine derartige Gleichsetzung der Facebook-Zensur mit der Verteidigung von Islam und Nation zeigt, wie weit sich extrem konservatives Gedankengut in der Gesellschaft verbreitet hat. Darüber hinaus symbolisiert der Streit um den Umgang mit einem prinzipiell offenen Kommunikationsnetzwerk auch einen tieferen Konflikt von grundsätzlicher Bedeutung: die Beziehung von Religion und Politik.

Anfang 2011 gewann diese Debatte mit den tödlichen Attentaten auf den Provinzgouverneur des Punjab, Salman Taseer, und den Minderheitenminister Shahbaz Bhatti deutlich an Brisanz. Beide Politiker hatten sich gegen das umstrittene Blasphemie-Gesetz ausgesprochen, das eine Bestrafung islamfeindlicher Äußerungen mit dem Tode ermöglicht. Die Morde wurden von Hetzkampagnen islamistischer Gruppierungen begleitet. Von Seiten der Regierung und der politischen Parteien war keine klare Verurteilung zu hören. Von offizieller Seite blieben die Tiraden gegen die Opfer ebenso wie die Glorifizierung des Täters weitgehend unbeantwortet.

Der Schock über die Attentate spiegelte sich indes im Internet wider. Blogger drückten den Familien der Opfer ihr Beileid aus und debattierten den zunehmenden Extremismus. Die unter anderem auch von Online-Netzwerken getragene Kampagne »*Citizens for Democracy*« organisierte Kundgebungen in verschiedenen Städten, um gegen das umstrittene Gesetz und die religiöse Intoleranz zu demonstrieren. Insgesamt fiel die Reaktion der Gesellschaft jedoch verhalten aus, was den Einfluss von radikalen Kräften auf den öffentlichen Raum besonders prägnant vor Augen führt. Das Internet bot progressiven Akteuren hingegen ein Diskussionsforum und eröffnete neue Möglichkeiten für Vernetzung und Engagement. Zwischen Facebook- und Blasphemie-Debatte war das Medium somit gleichzeitig Bühne und Gegenstand einer grundlegenden Auseinandersetzung über die Stellung der Religion in Gesellschaft und Staat Pakistans.

## Fazit

Die Anwendung des Internets in Pakistan erreicht noch nicht das Ausmaß wie in anderen Transformationsländern der islamischen Welt. Vor allem im Bereich von Bildung und sozialer Entwicklung haben diese bereits größere Fortschritte erzielt und weisen daher bessere Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Ausbreitung neuer Medien auf. Das Internet spielte für die pakistanische Zivilgesellschaft somit bisher eine untergeordnete Rolle, gewinnt aber zunehmend an Bedeutung – auch jenseits der erwähnten Beispiele von Fluthilfe und Blasphemie-Debatte. Zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich etwa mit dem Staat über einen kohärenten legislativen Rahmen für das Internet auseinander, engagieren sich gegen die zunehmende Zensur von Webseiten oder mobilisieren gegen die Belästigung von Frauen im Netz und darüber hinaus. Notwendig wäre eine Ausweitung progressiver Netzinhalte in die Nationalsprache Urdu, um die Kluft zwischen der englischsprachigen Bildungselite und dem Rest der Gesellschaft zu überwinden. Auch eine Verknüpfung von Online-Medien mit anderen

Kommunikationskanälen (z. B. Radio) könnte die Reichweite des Internets ausdehnen. Einige Webprojekte bieten bereits Video- oder Fotoblogging in Kombination mit entsprechenden Schulungen an, sodass sich auch weniger Gebildete online artikulieren können.

In der gegenwärtigen Phase vorsichtiger demokratischer Konsolidierung sind derartige Initiativen essentieller Bestandteil einer weiter gefassten notwendigen Entwicklung von Zivilgesellschaft und Partizipation. Diese darf sich natürlich nicht nur auf das Internet beschränken. Zentrales Hemmnis auf Pakistans Weg in eine funktionierende Demokratie bildet eine bislang nur unzureichend ausgebildete politische Kultur der rationalen Debatte und Konfliktlösung. Dadurch werden Hierarchien nicht hinterfragt und politische Manipulationen der öffentlichen Meinung erst begünstigt. Somit gelingt es letztlich einer extremen Minderheit, mit ihren Ansichten das Stimmungsbild zu dominieren. Demgegenüber kann eine aktive Involvierung der Menschen in die Gestaltung der Gesellschaft die Identifikation mit dem politischen System erhöhen und die Herausbildung einer stabilen nationalen Identität fördern.



## Über den Autor

**Marcus Michaelsen** beendet zurzeit eine Dissertation über das Internet im politischen Transformationsprozess Irans an der Universität Erfurt. Für seine Arbeit beschäftigt er sich mit den Zusammenhängen von Medien, Demokratisierung und Entwicklung. Er lebt seit 2008 in Pakistan und verfasste für das FES-Büro in Islamabad eine Studie zur politischen Internetnutzung in Pakistan.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: ++49-30-269-35-7451 | Fax: ++49-30-269-35-9211  
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:  
[Julia.Schultz@fes.de](mailto:Julia.Schultz@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-906-1